

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 3

15. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 15. Februar 1951

INHALT: Zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht in Deutschland: Zur Vorgeschichte — Soziale und politische Bedeutung des Abkommens — Weg der Gewalt — An die Adresse der Unternehmerschaft.

Ueberwindung des Nihilismus? (Zu Ernst Jüngers Nachkriegswerken): Vor den alten Problemen — «Strahlungen» — Der «Malstrom» — «Kniébolo» — Hoffnungen — Heliopolis.

Soziale Beruhigung in Italien? Der kommunistische Einfluss abgestoppt — Die Arbeitslosigkeit gemindert — Die Löhne um 50 Milliarden gebessert — Und trotzdem keine Entspannung.

Zum Dekret über Rotary: Tragweite des Dekretes.

Ex urbe et orbe: Für die Einigung der Christenheit — Südamerika: Wer fördert das Schulwesen?

Buchbesprechungen: Gilson — Schuster — De Vries — Van Steenberghen — Moser — Klimsch-Grabinski — Palmer — Pagniez.

Zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht in Deutschland

Im Kampf um das Mitbestimmungsrecht im Betrieb ist eine erste grosse Schlacht geschlagen worden. Sie endigte mit einem eindeutigen Sieg der Gewerkschaften. Diese haben durch ihren Einsatz erreicht, dass das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in betrieblichen Fragen in der gesamten Montanindustrie gesetzlich festgelegt wird.

Das Gesetz ist noch nicht in allen Einzelheiten bestimmt festgelegt und hat das Parlament noch nicht passiert. Der deutsche Bundesrat (Ständekammer) hat zwar dem Grundgedanken am 3. Februar einstimmig zugestimmt, aber der Bundestag (Volkskammer) hat das Gesetz noch zu beraten und zu verabschieden. Darum ist es noch verfrüht, auf Einzelheiten einzugehen. Es lohnt sich aber, den Weg und die Grundsätze kurz zu beleuchten. Es ist zu hoffen, dass aus dem ganzen Vorgang nun einige Lehren gezogen werden, die mit Vorteil schon längst hätten gezogen werden sollen.

Gegenstand des Kampfes war, um dies vorweg zu nehmen, nicht etwa die Beschneidung der Kompetenzen der Geschäftsleitung oder die direkte Einsprache der Arbeiterschaft (oder der Gewerkschaft) in die Geschäftsführung selbst. Diese muss unter allen Umständen grosse Handlungsfreiheit besitzen. Sondern es ging um die Kompetenz zur Bestellung des Aufsichtsrates (in der Schweiz ungefähr «Verwaltungsrat») und damit um den Einfluss auf die Bestellung des Vorstandes (Direktion, Geschäftsleitung). Selbst die Gewerkschaften haben (dies muss wegen häufiger propagandistischer Missverständnisse oder auch Verdrehungen ausdrücklich bemerkt werden) betont, dass die Leitung der Unternehmungen grosse Handlungsfreiheit und Entscheidungsmacht besitzen müsse, und dass diese durch die neue Regelung keineswegs beschnitten werden sollen. Dafür aber soll die Leitung selbst in Zukunft nicht mehr nur der Kapitalseite (den Aktionären), sondern ebenso auch der Belegschaft, in gewisser Masse der Gewerkschaft, verantwortlich sein. Ferner wurde die Einstellung eines sogenannten Arbeitsdirektors, der vor allem die personalen und sozialen Fragen zu betreuen hat, gefordert.

Zur Vorgeschichte

Die Forderung der Mitverantwortung der Belegschaft im Betrieb ist an sich nicht neu. Schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte z. B. der Berliner Fabrikant Heinrich Freese das System der «konstitutionellen Fabrik» empfohlen und in seinem Unternehmen mit Erfolg eingeführt. Nach dem 1. Weltkrieg wurde das System der Betriebsräte geschaffen, allerdings unter einer politischen und sozialen Konstellation, die die ganze Atmosphäre vergiftete und eine sachliche Lösung der Frage weder auf Unternehmerseite noch auf Arbeiterseite zulies. Dieses Betriebsrätewesen war nach allgemeinem Urteil politisch zu sehr verseucht und hat mit einem klaren Misserfolg geendet. Das Hitler-System lehnte die «Demokratisierung» der Wirtschaft und des Betriebes entsprechend seiner allgemeinen Einstellung zum vornehmlich grundsätzlich ab, bestellte aber den «Treuhänder der Arbeit», der (der Idee nach) über die Kapitalinteressen hinaus die Interessen der Belegschaft und vor allem die Interessen der gesamten Volksgemeinschaft innerhalb gewisser Grenzen mit beinahe diktatorischer Vollmacht wahren sollte. Nach dem 2. Weltkrieg wurden in Frankreich und England eine Reihe von Grossbetrieben sozialisiert (nationalisiert), anderen wurden die «Conseils d'entreprises» gesetzlich vorgeschrieben. In Deutschland, wo die Sozialpartner zunächst weder auf Arbeitnehmer- noch auf Arbeitgeberseite handlungsfähige Organisationen besaßen, und die Freiheit der Wirtschaft wie der provisorischen Regierung durch die Besatzungsmächte ohnehin aufs äusserste beschränkt war, schrieb der Kontrollrat eine Reihe von Massnahmen zur Entflechtung der Konzerne, zur Bestrafung der Kriegsverbrecher, zur Absetzung und Enteignung einer Reihe von durch das System kompromittierten Unternehmern, ferner aber auch zur «Demokratisierung der Wirtschaft» durch Teilnahme der Belegschaft an der Leitung der Betriebe mittels Betriebsräten vor. Vom Kontrollratsgesetz Nr. 27 wurde insbesondere die Montanindustrie und die eisen-

schaffende Industrie betroffen. Es wurde eine treuhänderische Leitung des Kohlenbergbaues und der Stahlindustrie eingesetzt, und die Teilnahme der Belegschaft an der Leitung ungefähr in der Form eingeführt, wie sie jetzt durch das neue Bundesgesetz eigenrechtlich verankert werden soll.

Inzwischen hatte der Deutsche Katholikentag von Bochum 1949 in einer Entschliessung für das Mitbestimmungsrecht Stellung bezogen. Zwischen den neuerstandenen Unternehmerverbänden und Vertretern des deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) waren Verhandlungen gepflogen worden, die jedoch in wesentlichen Punkten zu keiner Einigung zu gelangen vermochten. Da in der eisenschaffenden Industrie die Kündigungsfristen auf den 31. Januar 1951 abliefen, und die Gewerkschaften befürchteten, die durch das Kontrollratsgesetz ihnen gewährten Vorrechte zu verlieren, drohten sie mit einem grossen Streik, der 230 000 Metallarbeiter umfassen sollte, zu denen noch die Bergarbeiter mit 560 000 Mann stossen wollten, so dass durch einen Streik von 800 000 Arbeitern die ganze Schwerindustrie und bald auch ein grosser Teil der übrigen Industrie lahmgelegt worden wäre. Der DGB liess überdies wissen, dass er 300 Millionen DM zur Finanzierung des Streikes bereitgestellt habe.

Die Bundesregierung sah sich in einer schwierigen Lage. Dem angedrohten Riesenstreik tatenlos zusehen durfte sie nicht, wenn nicht schwerste Schädigungen der Wirtschaft und grosse allgemeine Unruhen eintreten sollten. Den Streik mit Gewalt verhindern wollte und konnte sie ebenfalls nicht. Der Industrie ein Gesetz aufzwingen, das überdies keinen von beiden Partnern voll hätte befriedigen können, wollte (und konnte?) sie in richtiger Erkenntnis der Sachlage ebenso wenig. Ein solches aufgezwungenes Gesetz wäre auch zum vornherein der Hälfte seiner Wirkkraft verlustig gegangen.

Darum musste alles versucht werden, um die beiden unmittelbaren Partner, Unternehmerschaft und Gewerkschaften, zu einer Einigung zu veranlassen. Dieser Weg ist, wenn er auch unter schwerstem Druck stand, grundsätzlich der richtige und einem aufgezwungenen staatlichen Gesetz, selbst wenn die nötigen Machtmittel zur Verfügung ständen, entschieden vorzuziehen und als ein Fortschritt zu betrachten.

Soziale und politische Bedeutung des Abkommens

Die getroffene Einigung sieht nun vor, dass in den genannten Industrien in Betrieben mit wenigstens 300 Arbeitern der Aufsichtsrat (Verwaltungsrat) paritätisch von Unternehmerschaft und Arbeiterschaft gemeinsam so zu besetzen sei, dass jede Seite je 5 Mitglieder stellt. In späteren Verhandlungen ist diese Abmachung dahin präzisiert worden, dass zunächst die Aktionäre aus ihrer Mitte 4 Vertreter aufstellen; ebenso bezeichnen die Arbeitnehmer 4 Vertrauensleute, von welchen zwei direkt von den Belegschaften aus Angehörigen des Betriebes, zwei aber auf Vorschlag der Gewerkschaften gewählt werden. Die öffentliche Hand bestellt ebenfalls zwei Vertreter, von denen einer durch die Arbeitgeber, der andere durch die Arbeitnehmer vorgeschlagen wird. Diese zehn Mitglieder sollen ein elftes neutrales, beiden Teilen genehmes weiteres Mitglied wählen. Können sich die beiden Seiten in der Wahl dieses elften Mitgliedes (das natürlich in manchen Fällen den Ausschlag geben wird, auch wenn es nicht unbedingt den Vorsitz innehat) nicht einigen, so soll ein besonderer Senat des gesamten Wirtschaftszweiges um Entscheidung angerufen werden. Dieser Senat soll für die beiden grossen Industrien getrennt gebildet werden, und zwar aus je drei Vertretern der Unternehmer und drei Arbeitnehmern. Ihm müssen jeweils sechs Vorschläge für den elften Mann von den Unternehmern und den Arbeitnehmern vorgelegt werden, aus denen der Senat dann zu wählen hat. Kann auch der Senat sich nicht einigen, so hat die Bundesregierung die Wahl aus den zwölf Vorschlägen zu treffen. Auch hier ist also die Hand des Staates möglichst weit zurückgeschoben, soll aber die letzte Garantie für eine Einigung bedeuten.

Dieser elfköpfige Aufsichtsrat hat nun den Vorstand (Direktion, Leitung) des Unternehmens zu wählen und zwar je mit Zweidrittelmehrheit. So kann also keine Direktion ohne das Vertrauen des Kapitals, aber auch keine ohne das Vertrauen der Arbeiterschaft gewählt werden.

Auf Einzelheiten der getroffenen Lösung werden wir später eingehen. Sie stellt die Alternative zur Sozialisierung dar. Sie erscheint komplizierter als diese, kommt dem Gedanken einer engeren Verbindung von Arbeit und Produktionsmitteln

jedoch näher und versucht die Verstaatlichung mit all ihrer Problematik und ihren Eingriffen in das Eigentumsrecht zu vermeiden. Ausserdem ist sie in ihrem Geltungsbereich nicht eine absolute Neuheit, sondern lehnt sich an die Regelung an, die nun fünf Jahre in Geltung steht, allerdings unter den ganz besonderen Verhältnissen der deutschen Nachkriegszeit. Auch die Unternehmerschaft konnte offenbar nach den gemachten Erfahrungen keine entscheidenden Gründe für die technische oder wirtschaftliche Unmöglichkeit der Lösung vorbringen.

Am besten scheint uns ein Bericht in der «Ostschweiz» (Nr. 54 vom 1. Februar 1951): «Das Mitbestimmungsrecht in politischer Sicht», die Lage zu charakterisieren.

Politische Beobachter in Frankfurt seien der Ansicht, der Erfolg der westdeutschen Gewerkschaften hinsichtlich des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in den Schlüsselindustrien dürfe nicht als «Sozialismus durch die Hintertüre» betrachtet werden. Allerseits aber herrsche die Überzeugung, dass die Rechte, welche die Arbeiter sich in den Verhandlungen gesichert haben, weitreichende Auswirkungen auf die wirtschaftliche und politische Struktur Westdeutschlands und Europas haben werden. «Auch nach der Wiedergewährung der vollen deutschen Souveränität werden die Eigentümer der westdeutschen Kohlen- und Stahlwerke nicht mehr allein die Entscheidungen in ihren Werken treffen — wie sie es auch in den letzten Jahren der Besetzung nicht konnten.

Das neue System wird aber dennoch weit von einer Sozialisierung der beiden Industrien entfernt sein. Die Tatsache, dass das Mitbestimmungsrecht die Frage des Eigentums nicht berührte, hat schliesslich die Ruhr-Industriellen zum Einlenken bewogen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird höchstwahrscheinlich das Mitbestimmungsrecht als eine Alternative zur Sozialisierung betrachten und annehmen.»

Ein Studium der grundlegenden Bestimmungen des Abkommens führe zu folgenden Schlüssen über deren Auswirkungen:

1. Die Schumanplanverhandlungen und die alliierten Dekartellierungsmassnahmen in der Stahlindustrie dürften beschleunigt werden. Bis jetzt haben die Gewerkschaften in diesen beiden Angelegenheiten eine Verzögerungstaktik eingeschlagen, bis die Frage der Mitbestimmung entschieden sein würde.

2. Stärkung von Adenauers abnehmendem politischen Prestige. Die Tatsache, dass der konservative Bundeskanzler die Industriellen zum Nachgeben überredete und persönlich die meisten der neun Sitzungen zur Schlichtung des Konfliktes präsidierte, wird sein Ansehen, besonders auf dem katholischen Flügel seiner eigenen Partei, heben.

3. Weiterer Rückschlag für die sich wieder erhebende Macht der Ruhrindustriellen. Die Gewerkschaften haben wiederholt erklärt, sie seien entschlossen, den politischen und wirtschaftlichen Einfluss der «Ruhrbarone» zu vermindern.

4. Beginn einer radikalen Änderung in den Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Deutschland, wenigstens in den grossen Betrieben der Aktiengesellschaften mit anonymem Kapital.

Die öffentliche Diskussion dreht sich aber zunächst noch weniger um die Lösung selbst als um den Weg, auf dem die Gewerkschaften sie erzwingen.

Der Weg der Gewalt

Dieser Weg erregt nun allerdings die schwersten Bedenken. Wiefern die Streikdrohung, solange sie sich im rein privatrechtlichen Raume bewegte und nicht den Druck auf die Regierung, sondern nur die Zustimmung der Unternehmerschaft bezweckte, im strikten Sinne als illegal oder ungerecht bezeichnet werden muss, kann hier dahin gestellt bleiben. Faktisch bedeutete sie eine schwere Bedrohung der staatlichen Autorität und eine Erpressung durch die Gefährdung des gesamten Volkswohles. Damit wuchs sie notwendig aus dem privaten in den politischen Bereich hinein und untersteht damit einer noch strengeren Beurteilung. Ein solches Instrument ist äusserst gefährlich und rührt an die Fundamente der staatlichen Ordnung. Es muss bei dieser Gelegenheit über den konkreten Anlass hinaus endlich ernstlich überlegt werden — worauf einsichtige Sozialpolitiker schon längst hingewiesen haben — in welcher Form eine solche bedrohliche Macht einer rein privaten Organisation überhaupt geduldet werden kann. Schon vor zwei Jahren wurde u. a. auch an dieser Stelle ausgeführt, dass es angesichts der ungeheuren und in der Zukunft noch wachsenden Macht der Gewerkschaften nur die Alter-

native gebe: Entweder diese Macht zu zerschlagen, oder dann sie mitverantwortlich — und mithaftbar! — in die Willensbildung innerhalb der Wirtschaft und der Gesamtgesellschaft einzuschalten, sei es durch ein öffentlich-rechtliches Statut, sei es durch sonstige wirklich verantwortliche (und bei der Verantwortung haftbar zu machende) Mitsprache und Mitbestimmung. Der Gedanke soll hier nur nochmals in Erinnerung gerufen sein; er bildet eine der dringendsten Aufgaben der Sozialorganisation der industrialisierten Gesellschaft von heute.

An die Adresse der Unternehmerschaft

Es muss hier aber noch etwas anderes unterstrichen werden. Aus der ganzen Entwicklung scheinen sich folgende Schlüsse zu ergeben:

1. Hätten die Unternehmungen beizeiten ihren eigenen Belegschaften eine vernünftige Mitsprache und Mitverantwortung geboten, sei es durch firmenvertragliche Vereinbarungen, sei es durch die Betriebsordnung oder ein ähnliches rechtlich bindendes Instrument, so wären die Gewerkschaften wohl niemals imstande gewesen, die Lösung der Frage nun zu ihren Gunsten zu erzwingen und mit einem Streik von solchem Ausmass zu drohen. Auf keinen Fall hätte sich eine so überwältigende Mehrheit dafür ausgesprochen. Die Unternehmerschaft hat auch im wohlverstandenen Interesse der Selbsterhaltung allen Grund, die Belegschaft innerhalb der Unternehmen sich zu Bundesgenossen zu machen. Das gilt nicht bloss für die Mitsprache und gegen ungerechtfertigte Übergriffe der Gewerkschaften, sondern in gleicher Weise auch gegenüber dem Zugriff des Staates, sei es, was übermässige Steuern, sei es, was Nationalisierungen anbetrifft!

Die katholische Arbeiterbewegung, KAB, hat in Düsseldorf mit allem Nachdruck die Gewaltanwendung von Seiten der Gewerkschaften in der Frage der Mitbestimmung abgelehnt. Ihr Protest hätte aber an Kraft und Überzeugung gewonnen, wenn sie mit stärkerem Nachdruck auf versäumte Gelegenheiten des Unternehmertums hingewiesen hätte.

2. Papst Pius XII. hat in seiner bekannten Ansprache vom Juni 1950 an die Sozialwissenschaftler nicht nur vor Übergriffen der Gewerkschaften gewarnt, sondern ebenso die anonyme Macht der Kapitaleseite verurteilt, die jenen vorangegangen sei. Er sprach die Erwartung aus, dass die Arbeiterseite nicht denselben Irrweg der Anonymisierung der Verantwortungen gehen werde, wie das Kapital. Wenn aber auf der Kapitaleseite nichts geschieht, um diese Anonymität zu überwinden, wenn im Gegenteil die Konzentration in anonymen Gesellschaften immer weiter vorangetrieben wird — ist es dann zu verwundern, wenn dem Druck der einen Seite mit gleichem Gegendruck von der andern Seite geantwortet wird? Wenn man von der Kapitaleseite auf die wirtschaftliche Notwendigkeit solcher Konzentrationen hinweist (die nicht in jedem Fall bestritten werden kann, allzuoft aber nur einen bequemen Ausweg bedeutet), so muss sie sich nicht wundern, wenn auch die Gegenseite solche Notwendigkeiten für sich in Anspruch nimmt.

3. Nach ernstesten Schätzungen betrugen die industriellen Neuinvestitionen in Deutschland im Jahre 1950 6 Milliarden DMark, über die gegen 10 Milliarden aus den regulären Abschreibungen geschöpften hinaus. Gewaltige Summen! Dabei sind aber die Löhne der Arbeiterschaft notorisch und anerkannt niedrig gehalten. Gegen diese Investitionen ist an sich

nichts zu sagen. Sie sind im Gegenteil im Interesse der Gesamtwirtschaft und des ganzen Volkes zu begrüssen. Wenn aber tatsächlich die Hälfte der Mittel aus eingesparten Löhnen bestand, so wird eines Tages die Arbeiterschaft natürlich auch Anspruch auf Mitbesitz an diesen ihr abgesparten Milliarden erheben. Wenn man also im Interesse der Investition nicht den gesamten überschüssigen Betrag in Löhnen ausbezahlen kann, weil man befürchtet, dass diese nicht gespart, sondern dem augenblicklich unerwünschten Konsum zugeführt würden, so müsste man irgend eine Form von Anteilscheinen schaffen, die der Belegschaft zugehören. Wenn man aber einfach an den Löhnen einspart und das Ergebnis einseitig und gedankenlos ausschliesslich dem Kapital zuteilt, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Gegenseite eines Tages Anspruch auf eben dieses Kapital erheben wird. Will man sozialrevolutionäre Bewegungen vermeiden, so muss man beizeiten in Freiheit und freiwillig der Gerechtigkeit Genüge tun.¹

4. Allmählich setzt sich auch in Deutschland der Gedanke durch, dass das Leistungslohnsystem durch Kinderzulagen ergänzt werden muss. Aber siehe da: man überlässt die Aufgabe wiederum dem Staat. Obschon von verschiedenen Seiten Anregungen aufgetaucht sind und entsprechende Vorbilder zur Verfügung stehen, um die Industriezweige zu bewegen, die Kinderzulagen auf privater Basis mittels Ausgleichskassen selber zu verwirklichen, ruft selbst die Unternehmenseite nach der Hand des Staates. Wenn man aber selber Aufgaben, die man lösen könnte, in kurzsichtiger Weise dem Staate zuschiebt, weil einem die Lösung «einfacher und bequemer» erscheint, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Arbeiterseite, die ohnehin keine so freiheitliche Tradition hat, sondern in einem starken und aktiven Teil schon immer staatlichen Lösungen zustrebte, diese Lösungen auch dann forciert, wenn es der Gegenseite nicht mehr passt. Groteskerweise macht man in der Frage des Mitbestimmungsrechtes nun der Regierung Adenauer ausgerechnet aus Kreisen der FDP zum Vorwurf, sie habe es versäumt, das Gesetz des Handelns an sich zu reissen; sie habe die Sozialpartner sich selber überlassen (!), statt rechtzeitig mit einem eigenen Vorschlag hervorzutreten! (Bericht der Neuen Zürcher Zeitung aus Düsseldorf, 10. Febr. 1951, Nr. 288).

Es wäre endlich Zeit, dass die Unternehmerschaft sich nicht einfach vom Strome schieben lässt, sondern, wie es ihrer gesellschaftlichen Stellung und Aufgabe an sich zukommt, wiederum in aufgeschlossener und grosszügiger Weise die Führung in der sozialen Entwicklung ergreife. Das kann aber nicht geschehen, wenn man bloss alte Positionen verteidigt, sondern nur, wenn man aufgeschlossen und grosszügig zu jenen Lösungen frei und führend die Hand bietet, die nun einmal fällig geworden sind.

J. David.

¹ F. Greiss, Direktor der Glanzstoff-Werke Köln, Vorsitzender des deutschen Bundes Katholischer Unternehmer, führte in mehreren Vorträgen vor Unternehmern u. a. aus:

«Dass wir in grossem Massstab investiert haben, war im Sinne des Gemeinwohls richtig und notwendig und bleibt es weiterhin. Aber wir werden nicht auf die Dauer die Investitionen aus den Erlösen bezahlen können. Sperren wir uns nicht gegen eine breitere Streuung des Kapitalbesitzes! Auch die Eigentumsbildung der breiten Masse ist ein notwendiger Schritt zur Entproletarisierung. Hier liegt ein weites Feld sozialer Befriedigungsarbeit vor uns, das in diesem Zusammenhang nur angedeutet werden kann. Es ist von grösster Bedeutung, dass wir auch dem Arbeitnehmer das Sparen ermöglichen und zur Eigentumsbildung befähigen. Nur von dem, der etwas mehr zu verlieren hat als seine Ketten (Kommunistisches Manifest!) darf man erwarten, dass er gegen subversive Einflüsse gefeit ist.»

Ueberwindung des Nihilismus?

(Zu Ernst Jüngers Nachkriegswerken.)

Seit Beendigung des Krieges hat Ernst Jünger der Öffentlichkeit drei Werke übergeben, das Kriegstagebuch «Strahlungen», den Roman «Heliopolis» und den Essay «Über die Linie». Es handelt sich im ersten Falle um ein autobiographisches Werk, im zweiten um ein dichterisch-literarisches Gebilde (dessen gattungsethische Eigenart damit nur ungefähr angegeben sein soll) und im dritten um eine philosophisch-kritische Untersuchung. Aber es sind doch nur drei verschiedene Aussagen über dasselbe Thema und dieselben Grunderfahrungen. In allen Werken geht es um die Begegnung mit dem Nihilismus und den Versuch, ihn zu überwinden.

Vor den alten Problemen

Damit ist im Vergleich zu früher Gesagtem nun nicht eigentlich ein neues Problem in unsern Gesichtskreis gerückt, im Gegenteil: Es handelt sich um die alte Problematik Jüngers, wie denn der Autor auch immer wieder das Bekenntnis ablegt, dass er in kontinuierlichen Entwicklungen lebt und kein Mensch der Umbrüche und Zusammenbrüche ist. Wohl unterscheiden sich diese Arbeiten von früheren durch die Zunahme an Intensität der Bedrängnis, die das angespannt wache Bewusstsein aus dem Wachstum der uns umgebenden Bedrohungen erfährt. Auch hat das Problem des Nihilismus seine eigene Schwere, die jeden, der zu Ende zu denken gewohnt ist, letztlich zu unausweichlichen Schlussfolgerungen veranlasst. Beides führt den Autor aus dem Bereiche des Vorläufigen immer dichter an Entscheidungen heran. Die letzte Schrift zeigt schon im Titel, dass er die Grenzlinie in Richtung auf ein neues, dem Nihilismus entzogenes Bild der Welt und des Menschen glaubt überschritten zu haben.

«Strahlungen»

Die «Strahlungen» sind Jüngers Bericht über das Erlebnis des zweiten Weltkrieges. Er enthält in vier Teilen «Das Erste Pariser Tagebuch» (Februar 1941 bis Oktober 1942), «Die Kaukasischen Aufzeichnungen» (Oktober 1942 bis Februar 1943), «Das Zweite Pariser Tagebuch» (Februar 1943 bis August 1944) und die «Kirchhorster Blätter» (August 1944 bis April 1945). Hinzuzurechnen sind «Gärten und Strassen», die schon vorher gesondert erschienen waren, während ein sechster, der letzte Teil — weil noch der Nachreife bedürftig — vom Autor zurückgehalten wird.

Die «Strahlungen» sind perspektivisch angelegt — die Einleitung lässt darüber keinen Zweifel zu. Das Tagebuch trifft immer nur «eine gewisse Schicht von Vorfällen». Der Blick geht in Richtung auf die zunehmende Zerrüttung der Zeit, die auf ein Maximum von Selbstzerstörung angelegt ist. Es ist zugleich das Zeugnis der Bewahrung und Erprobung des eigenen Selbst, das im Ansturm der Gewalten Widerstand leistet und sich zu retten sucht. Das Tagebuch erweist sich dabei als ein charakteristisches Merkmal der gegenwärtigen Literatur. Es ist eine für unsere Zeit eigentümliche Art der Bewältigung der Welt, die nicht mehr als Ganzes, sondern nur noch in der Fülle ihrer Erscheinungen aufgenommen werden kann. Tagebücher sind (wie Aphorismen) Äusserungen eines Denkens in Problemen; an die Stelle untergehender Welten und preisgegebener Überzeugungen tritt die Frage, das Rätsel, das Geheimnis. Die Führung des Tagebuchs, das ist «die Ordnung des Anfalls von Dingen und Gedanken». In der Lage, in der wir uns befinden, ist das Tagebuch einem «Logbuch» vergleichbar auf der Fahrt durch Meere, «in denen der Sog des Malstroms fühlbar wird und Ungeheuer auftauchen. Wir

sehen den Steuermann bei der Betrachtung der Instrumente, die allmählich glühend werden, den Kurs bedenken und sein Ziel. Auch untersucht er die Wege, die möglich sind, die äussersten Routen, auf denen die praktische Vernunft dann scheitern wird.»

Der «Malstrom»

Der Malstrom: Das ist nun nichts anderes als die vom Menschen selbst geschaffene Welt der geistigen Unordnungen, die sich selbständig gemacht hat und sich nun gegen ihn wendet. Er wird sichtbar in der Entwertung der menschlichen Person, der Zunahme des Animalischen und Zoologischen, in den Methoden der Massenvernichtung, den unmenschlichen Grausamkeiten, den Schurkenstreichen des «Sicherheitsdienstes». Er zeigt sich nicht weniger in den Schrecken des Krieges, wie er von der anderen Seite geführt worden ist, in den alle Humanität vergessenden sinnlos grausamen Luftangriffen, denen in Minuten ganze Städte mit jahrhundertalter Kultur und Tausende und zuletzt Zehntausende von Menschen zum Opfer fielen. Den Menschen vor die Schrecken seiner selbst zu stellen wäre auch dann das Ergebnis des Buches, wenn Jünger weniger bewusst dieser Linie folgte. Die Zeit vermag ihr furchtbares Antlitz nicht zu verbergen.

Zunächst sieht es allerdings nicht so aus, als ob sich den Strahlungen, denen Jünger ausgesetzt war, die dunklen Schatten beigesellten oder gar die Übermacht hätten. «Von den Kulissen des Komforts umgeben» (426), erlebte Jünger als ein dem Hauptquartier in Paris zugeteilter Offizier die französische Hauptstadt während der deutschen Besetzung, indem er die ungewöhnlichen Möglichkeiten seiner Stellung, als Freund hoher Militärs, z. B. des Generals Speidel, benützte. Er hatte Umgang mit zahlreichen französischen Schriftstellern wie Cocteau, Jouhandeau, Giraudoux, Léautaud und Henri Thomas. Er betrachtete die Museen, die Strassen, Häuser, Wohnungen als «Archive einer von altem Leben durchwebten Substanz, bis zum Rande gefüllt mit Historie, mit Belegstücken, mit Erinnerungen aller Art» (283). Aber man spürt von Monat zu Monat die Vermehrung der Dunkelheit. Der Soldatentod des geliebten Sohnes ist das vielleicht erschütterndste Erlebnis seines ganzen Daseins.

«Kniébolo»

Hitler-Kniébolo ist derjenige Mensch, mit dem sich Jünger als das ihn am meisten bedrängende Wesen auseinandersetzt; der Gegner verfolgt ihn bis in die Träume hinein. Hitler ist ihm der Vollstrecker des Nihilismus, der grosse Versucher, dem der Deutsche zum Opfer fiel — dem das grösste Mass an Tötung und Einebnung gelang, — dem jeder Tote ein Gewinn war, — der eine eigene «Schinderwelt» ins Leben rief und unterhielt, — der sich ein eigenes System der Menschenausrottung ausdachte. Hitler wäre jedoch nicht möglich gewesen, wenn nicht seit langem der Boden bereitet worden wäre, auf den er treten konnte. «Der ganze ungeheure Jubel, der sein Auftreten begleitete, war überhaupt die Akklamation zur Aussicht auf Selbstvernichtung, ein hochnihilistischer Akt» (562). Aber Jünger hat vollkommen recht: Hitler war nicht nur ein deutsches, sondern zugleich ein europäisches Phänomen, das in Deutschland sichtbar wurde. Die Zeit war reif für Hitler und seinesgleichen. Hitler war ein grausiger Frevler, doch löste er nur Energien aus, die sich im 19. Jahrhundert angesammelt hatten. «Ich habe zuweilen den Eindruck, dass ihn der Weltgeist auf raffinierte Weise auswählte. Bei seinen feinsten Zügen schiebt er die unbedeutenden Figuren vor.»

Hoffnungen

Das grosse Tagebuch spricht zugleich die Hoffnung auf Überwindung des Nihilismus aus. Jünger meint, es scheine das Äusserste erreicht zu werden. Es gebe auch eine Gegenkraft, die sich als Ordnungsmacht erweise. Deren Übergewicht sei so gross, dass alle Unordnungen daran ihre Grenze finden. Es scheint, dass in unhaltbar werdende menschliche Konstruktionen die Ordnungsmächte einbrechen, die sich als das eigentlich Unzerstörbare erweisen. Jünger glaubt, dass ihre Stunde gekommen sei.

Er erkennt sie in den grossen Korrekturen, die der Mensch an sich selbst vollzieht. Er ist immer auf der Suche nach dem «eentlichen» Menschen in Vergangenheit und Gegenwart. Er verweilt viel in den Grenzbereichen des Menschen, in den Träumen und in der Meditation über den Tod. Der Tod ist ihm Übergang «auf die helle Seite des Seins». «Erst wenn der Tod uns aufricht, werden wir lebendig sein» (313). Immer wieder umkreisen seine Gedanken den Schmerz und das Opfer: In beidem transzendiert der Mensch über das diesseitige Leben hinaus. Aber das Jenseits kündigt sich auch in einer unmittelbaren Weise an: «Der ganze Teppich menschlicher Bekanntschaften ist doch sehr fein voraus geknüpft und es gibt Stunden, in denen man die Hand des Webers in ihm errät» (509). Er ahnt die Furchtbarkeit des Lebenseinsatzes: «Wir können alles verlieren und alles gewinnen» (323). Die Bibel ist ihm das Buch der Bücher. Aber zu entscheidenden Lösungen kommt Jünger nicht. «Der Weg zu Gott in unserer Zeit ist ungeheuer weit, als hätte der Mensch sich in den grenzenlosen Räumen verirrt, die sein Ingenium erfunden hat. Daher liegt auch in der bescheidensten Annäherung ein grosses Verdienst. Auch sie kann nicht gelingen ohne göttliche Zuwendung. Gott muss neu konzipiert werden. In diesem Zustand vermag der Mensch im wesentlichen nur Negatives: Er kann den Kelch, den er verkörpert, reinigen. Das wird sich lohnen für ihn durch neuen Glanz, durch Zuwachs an Heiterkeit. Doch selbst die höchste Regel, die er sich so zu geben vermag, vollzieht sich im atheistischen, im gottleeren Raum, der fürchterlicher ist als der gottlose. Dann eines Tages, nach Jahren kann es sein, dass Gott antwortet — sei es, dass er sich langsam, wie mit Fühlern des Geistes nähert, sei es, dass er sich im Blitze offenbart. Wir funkten an einen Fixstern, und er erweist sich als bewohnt» (325).

Heliopolis

Sein zweites Werk, «Heliopolis», ist Zusammenfassung und Weiterführung des Gewonnenen auf einer anderen literarischen Ebene. Der Autor nennt sein Werk einen «Roman». Die Aussageweise der «Marmorklippen» ist wieder aufgenommen, das dort ausgespinnene Thema fortgesetzt. Denken und Erlebnisse von Jahren haben dem Buch seine neuen Reichtümer zugetragen. Der Abstand zwischen jenem und diesem verdeutlicht, wie gross der Spannungsbogen der Entwicklung ist. Dass auch jetzt kein Stillstand eintritt, lässt das Ende des Buches erkennen. Wie alles, was Jünger geschrieben hat, ist auch dieses Buch Ende und Anfang in einem, aber noch deutlicher als bisher ist zu spüren, dass sein (und unser) Leben sich nicht in einer einfachen Progression bewegt, sondern Entscheidungen zugeführt wird, die uns «über die Linie» treten lassen.

Das Werk bietet sich als eine Erzählung, die von einer Welt- und Residenzstadt der Zukunft berichtet und zwischen dem Scheitern der ersten und der Gründung des zweiten Weltimperiums spielt. Heliopolis ist als eine Stadt mit Schlössern, Palästen und Prunkstrassen zu denken, die etwa dem heutigen Grosstadtschema entsprechen; in Wahrheit handelt es sich jedoch um eine Symbolwelt, in der sich die Jüngerschen Probleme entfalten. Der Autor schafft eine Reihe von Begegnungen und Situationen, die nicht so sehr durch die Logik der

Erzählung wie durch den Andrang der Probleme gefordert werden. Sein Denk- und Sprachstil zeigt die Kraft und die Neigung zur äussersten Abstraktion; auch wenn er vom konkret Gegebenen spricht, bewegt er sich darüber hinaus und meint eine metaphysische Welt. Eine der Grundformen seiner Prosa ist das Gespräch; in der wechselseitigen Auseinandersetzung werden Fragen aus dem Gesamtbereich von Jüngers Gedankenwelt hin- und hergewendet. Eine andere ist die des Selbstgesprächs. Die Hauptgestalt des Werkes, Lucius, in dem Jünger sich am ehesten widerspiegelt, schreibt ganz in der Art seines Urbildes in Tagebüchern, die die Beobachtungen schnell vergehender und dichtgefüllter Stunden enthalten. Das Bild des Logbuches taucht wieder auf; es verbindet sich von selbst mit der Vorstellung des einsam Schreibenden während der Fahrt über unbekannte Tiefen.

Was dem Buch seine Bedeutung gibt, ist zunächst die eindrucksvolle Wiederholung der Jüngerschen Grundsituation in einer vom Ich mehr gelösten und darum sozusagen objektivierten Form. Die Not des modernen Bewusstseins wird noch einmal in einer schmerzlichen Weise deutlich: dem Nihilismus entfliehen zu wollen, ohne doch die neuen Ordnungswelten sicher zu erkennen, geschweige darin zu wohnen. Abermals wird es klar, was es heisst, in das Chaos dieser Welt entsandt zu sein und sich einen Weg bahnen zu wollen ganz aus eigener Kraft. Die unermüdliche, verzweifelte Kärnerarbeit der früheren Jahre wird fortgesetzt. Ein Mann, der Natur und Geist, Leben und Geschichte durchdringt wie vielleicht wenige, ist darum bemüht, den Strom der Erscheinungen zu durchschwimmen und das rettende Ufer gegenüber zu gewinnen. Die Stimmung des Buches kommt an vielen Stellen gleichsam nebenher und in Untertönen zum Ausdruck. Im «Symposion» treffen sich die Männer wie die Bergarbeiter im Gewirr der Schächte. Der Geist beschäftigt sich mit Reserven, die ihm geblieben seien. Wenn heute ein Werk gelinge, so sei es den Abgründen der Verzweiflung abgerungen. Das moderne Existenzbewusstsein spricht sich in aller Schärfe aus; man habe uns abgefeuert wie ein Geschoss: «Was ist der Sinn, wo ist das Ziel der fürchterlichen Bahn?» So liegt auf dem Werk der Schatten der Schwermut und der Melancholie.

Ob es eine Hoffnung gibt, sich durchzufinden? Wohin man auch sieht: Jünger befindet sich in einem Grenzbereich zweier Welten. Der Immanenz verhaftet, blickt er auf die Transzendenz. Er vergleicht die Situation des Menschen einmal mit einer Kesselschlacht; es bedürfe nur einer riesigen Anstrengung, um die Sprengung zu erreichen — oder der Macht von aussen, die Hilfe bringt. Er lebt immerzu im Bezirke der Mysterien, nachdenkend, beobachtend, schauend und träumend. Mensch und Welt sind ihm Transparente einer hintersinnigen, schöpferischen Welt; man müsste sie nur ergreifen oder ganz ja zu ihr sagen können.

Aber wer die Welt als ein Rätsel begreift, befindet sich schon auf dem Wege zum Geheimnis. Jüngers Denken kreist um alte Erkenntnisse. Ein Rätsel ist der Mensch: in Träumen und Phantasien öffnet sich ihm ein Spalt in unbekannte Gebiete. Ein Rätsel ist die Welt: das Unbeachtete, die Spielform der Schöpfung deutet die Hintergründe der Welt nicht weniger, sondern vielleicht mehr an als die vielgedeutete Grossform. Steine zeigen den «Hieroglyphenstil der ersten Urkunden». Die Anschauung der Chiffreschrift auf den kleinen Dingen der Welt ist eine Art mystischer Versenkung in die Geheimnisse des Schöpfers. «Gott gab die Rätsel auf; in unerhörter Fülle bargen sie die roten Riffe, die Meeresgärten, der kristallene Grund. Man würde keines von ihnen lösen und doch zufrieden sein. Wer kennt die Bedeutung nur einer der Hieroglyphen auf einer Muschel, auf einem Schneckenhaus...? Man ahnte die Masse, auf die die Welt gegründet ist, man hörte die Brandungstakte, wie Schauer der grossen Wälder, Klänge der Melodie». In Sätzen dieser Art spricht sich die Besonderheit von Jüngers Welthaltung noch einmal mit aller Klarheit und Deutlichkeit aus. Das Universum wie die einzelnen Dinge sind

zu gleicher Zeit in sich ruhende Wirklichkeiten und Symbole. Hinter unserer Welt tut sich erst die tiefere Realität auf. Sie hat den Vorrang vor allem, was wir in diesem Leben erkennen dürfen.

Diese metaphysischen Grübeleien stehen im Zusammenhang mit den allgemeinen Unordnungen und Gefährdungen, die sich in der Erzählung von der Stadt «Heliopolis» nur als Steigerungen unserer eigenen Erfahrungen darstellen. In allem ist die Not der Gegenwart mächtig, Lucius sieht sich in Heliopolis zwei Mächten gegenübergestellt: auf der einen Seite steht die Partei des Landvogts und seiner Trabanten, die auf einen Kollektivstaat hinarbeiten, Kultur und Wissenschaft in den Dienst staatsabsolutistischer Zwecke stellen, den Menschen nur zoologisch betrachten und ihn mit seiner Freiheit zugleich aller Würde entkleiden. Ihr Gegner ist der Prokonsul und seine Welt; er will das Bild des Menschen beschützen, den Geist bewahren und seine Rechte verteidigen. Aber das Gefüge des von ihm vertretenen Bereiches ist problematisch und nicht in Ordnung. Während der Gegner eindeutig und zielbewusst auf Alleinherrschaft und Zerstörung aller ihm entgegengesetzten Mächte gerichtet ist, fehlen hier Klarheit und Entschlossenheit des Geistes, der nicht nur Traditionen zu verteidigen hat oder über dunklen Problemen schweben darf, sondern seine Kraft aus sehr tiefen Überzeugungen herleiten muss. Diese Überzeugungen fehlen. Es ist bemerkenswert, wie man sich in Heliopolis den letzten Fragen gegenüber verhält. Es gibt einen Dom in der Stadt, den man «Maria vom Meer» geweiht hat; auch ist von Christus viel die Rede. Aber das öffentliche Leben ist keineswegs christlich geprägt. Im Umkreis des Prokonsuls bewegt man sich be-

fremdend pseudoreligiös: das geistige Leben wird im wesentlichen von den «Parsen» bestritten, die in einer natürlichen Religion gnostischen Gepräges ihr Genüge finden. Sie sind zwar Bewahrer des Edlen, aber man wird ihnen nicht die Kraft zutrauen, einem dämonischen Willen einen geheiligten entgegenzusetzen.

Lucius verlässt diese Welt — wie es scheint — unbereichert und ungetröstet. Ankunft und Abfahrt schliessen das Werk in einen Rahmen. Ist auch dieser Abschied symbolisch? Wir wissen es schon lange: was Jünger bewegt ist der Sturz des selbstherrlichen Menschen aus angemasster Höhe und die Einsicht in die Notwendigkeit, sich göttlichen Gesetzen zu beugen. Die natürliche Humanität ist gescheitert — nichts ist so sicher wie dieses. Der Mensch muss sich aus anderen Voraussetzungen begreifen. Er lässt sich von dem «blauen Piloten» aus der grossen Stadt entführen. Mit ihm möchte er eine neue Stufe des Daseins ersteigen. Was des öfteren in der Erzählung angedeutet wurde, scheint ein neues Grundphänomen zu werden: die Liebe. In der Auseinandersetzung mit Wissen und Macht ist ihm die Überhöhung alles Seins durch die Liebe aufgegangen. Scheitern, Opfern und Schmerz sind Zeichen höherer menschlicher Verwirklichungen. Der «blaue Pilot», Phares (dessen Name zur Umkehrung der Buchstabenfolge verlockt), gibt vielsagend den neuen Weg an: «Sie sannen auf dem Rückweg von den Türmen des Schweigens darüber nach, ob es wohl Punkte gäbe, an denen Macht und Liebe sich vereinen, und rührten damit das Geheimnis an. Die Lösung hängt von einer neuen Konzeption des Wortes Vater ab». (*Schluss folgt*)

W. Grenzmann, Bonn

Soziale Beruhigung in Italien?

In seinem «Kreuzzug gegen das Elend» erklärte der kommunistische Gewerkschaftssekretär di Vittorio: «Zwischen uns (den kommunistischen Gewerkschaftern) und der Regierung könnte man eine Art Wettlauf des Bessermachens anstellen, da wir beide, wenn auch auf verschiedenem Wege, die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter erstreben» (Osservatore Romano 20. Nov. 1950).

Man könnte diese Worte als eine versöhnliche Geste und als schöne Anerkennung der sozialen Bestrebungen der Regierung auffassen, wenn sie nicht lediglich die hochgemute Stimmung ausdrückten, welche kurz vor Abschluss der Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmerverband die Arbeitervertreter beseelte. In der Tat haben diese Unterhandlungen nicht nur den angesagten «Grossen Septemberkampf» hinausgezögert und schliesslich in einen bescheidenen vierstündigen Generalstreik abreagieren lassen, sie haben auch sonst viel zur sozialen Beruhigung des Landes beigetragen. Die Streiknachrichten aus Italien sind seit Dezember ziemlich spärlich geworden. Auch vorher schon während den zähen Verhandlungen war zwar nicht die Zahl der Streiks, wohl aber die Summe der verlorenen Arbeitsstunden gegenüber dem Vorjahr beträchtlich kleiner geworden. Während man vom 1. Januar bis 31. Juli 1949 an die 777 Arbeitskonflikte zählte, die einen Verlust von 110 Millionen Arbeitsstunden im Gefolge hatten, waren es letztes Jahr in der gleichen Zeitspanne 877 Streitfälle, aber nur 34 Millionen verlorene Arbeitsstunden. Im August kommen noch 2,6 und im September 3,9 Millionen dazu. Für die letzten Monate liegen die Zahlen noch nicht vor, der Jahresverlust dürfte aber, trotz dem erwähnten Generalstreik, bedeutend unter den Zahlen von 1949 liegen. Ist diese soziale Beruhigung ein Beweis, dass der Einfluss des Kommunismus auf die Haltung der italienischen Arbeiterschaft im Schwinden begriffen ist, oder ist es lediglich ein Zeichen, dass die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft nun besser erfüllt sind?

Der kommunistische Einfluss abgestoppt

Die Beantwortung der ersten Frage setzt voraus, dass früher viele Streiks eine Folge der kommunistischen Beeinflussung waren. Ist diese Voraussetzung berechtigt? Dass der grösste Teil der Streiks vom Kommunistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund ausging bedarf keines Beweises, zeigt aber darum noch nicht, dass die Ursache auf politischem Gebiet zu suchen ist; denn die Gewerkschaften, ob kommunistisch oder nicht, sind ja dazu da, die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft, wenn nötig mit Streik, durchzusetzen. Wo aber Arbeitsniederlegungen nicht mehr den Eigenzielen der Gewerkschaften dienten und dienen wollten, sondern zur Durchsetzung von Parteiparolen kommandiert wurden, da wird die politische Manövrierung der Gewerkschaften offenbar. Dass dies in den letzten drei Jahren häufig geschah, beweist schon ein oberflächlicher Rückblick auf die Streikgeschichte der letzten drei Jahre. Der Generalstreik am 14. Juli 1948 nach dem Attentat auf Togliatti war eindeutig eine Parteisache. Er wurde denn auch von der kommunistisch beherrschten Confederazione Nazionale di Lavoro ausgerufen. Es wurde übrigens in den kommunistischen Zeitungen gar kein Hehl aus der Hoffnung gemacht, durch den Streik die Regierung de Gasperis zu stürzen. Die Streiks, die am 17. März 1949 in Mailand, Turin und Neapel durchgeführt wurden, waren zwar dem Namen nach eine Protestkundgebung gegen die blutigen Vorkommnisse in Crotone, wo zwei streikende Bauern von Carabinieri erschossen worden waren. In Wirklichkeit war es eine Propaganda-Aktion gegen den Atlantikpakt, der gerade zu dieser Zeit im Parlament verhandelt wurde. Ein Generalstreik wurde nur dadurch verhindert, dass die christlich-demokratischen, republikanischen und sozialistischen Minderheiten ihre Mithilfe versagten. Die Unruhen von Modena am 9. Januar 1950, welche die Proklamation eines Generalstreiks der Metallarbeiter zur Folge hatten, waren von der kommunistischen

Presse vorausverkündet worden, und trafen nicht zufällig mit der Umbildung des Kabinetts de Gasperis zusammen. Desgleichen hatten die Versuche, anlässlich des Besuches Eisenhowers in Rom Streiks auszulösen, rein politische Zwecksetzungen.

Die Abhängigkeit der kommunistischen Gewerkschaftsleitung von Parteiparolen war im Jahre 1948 besonders deutlich geworden, als das Exekutivkomitee einen eigenen Streikkalender aufstellte, nach welchem vom 2. bis 9. Juli fast täglich eine bestimmte Arbeiterkategorie in Ausstand treten sollte. Der «Tempo» (9. Juli) urteilte darüber sehr klar: «Die Arbeitsniederlegungen... sind also nicht mehr plötzliche Explosionen, die unversehens aus der Zwangslage sich häufender Konfliktsstoffe hervorbrechen, sie sind kalt berechnend vordisponiert und als Dauereinrichtung nach Zeit und Raum verteilt, um die Produktion zu hemmen, das Land zu beunruhigen und die Regierung müde zu machen. Es handelt sich im Grunde genommen um eine Taktik der Drohung, geführt durch die politische Opposition, die ihr eigentliches Tätigkeitsgebiet — das Parlament — mit einem andern vertauscht hat: der Strasse.» Dieser ständige Missbrauch der Arbeiterschaft für die kommunistische Politik war denn auch der Hauptgrund der Abspaltung der christlich-demokratischen Minderheit im Herbst 1948 und der republikanischen und sozialistischen Minderheit im März 1949. Auch in den langen Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem italienischen Industrieverband trat der Zwiespalt in der Streikauffassung zutage, indem die Kommunisten höchstens eine theoretische Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und politischen Streiks zugeben wollen. Und in der jetzigen Diskussion über das vorgeschlagene Streikgesetz hat di Vittorio wieder ausdrücklich die Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Streik für unzulässig erklärt (Osservatore Romano, 31.1.1951).

Dass die Streikbewegungen auch auf internationalem Felde in der kommunistischen Politik koordiniert waren, geht zur Genüge aus dem Artikel «Gewerkschaftsbund und kommunistische Politik» (Orientierung 31.1.1951) hervor.

Die häufigen Streikbefehle der kommunistischen Arbeiterkammern und ihre politischen Zielsetzungen hatten aber die Wirkung, dass zahlreiche Arbeiter der Sache müde wurden und entweder den Parolen keine Folge mehr leisteten oder aus der Allgemeinen Gewerkschaft austraten. Di Vittorio selbst hat dies in seiner Programmrede für 1950 zu Protokoll gegeben, indem er ausführte: «Die häufigen nutzlosen Streiks haben die Arbeiterschaft sichtlich ermüdet und diese einzige und schärfste Waffe der Arbeiterschaft abgestumpft»; aber weder diese Erkenntnis noch die fühlbare Schwächung der Mitgliederzahl führten zum gänzlichen Verzicht der politischen Streiks, wie der Besuch Eisenhowers zeigte. Ohne die Mithilfe der Freien Gewerkschaften kann zwar der Allgemeine Gewerkschaftsbund keinen Generalstreik mehr durchführen, aber mit seinen schätzungsweise drei Millionen Mitgliedern stellt er immer noch einen bedeutenden Unruheherd im italienischen Wirtschaftsleben dar.

Die Arbeitslosigkeit gemindert

Die meisten Arbeitskonflikte waren aber nicht politischer Natur. Selbst der italienische Industrieverband erwähnt in seiner Streikstatistik vom September 1950, dass von den 769 Arbeitskonflikten des ersten Halbjahres 1950 (Januar bis 30. Juni) 80% wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Natur waren. Damit stehen wir vor der zweiten Frage: Ist also die augenblickliche Beruhigung ein Beweis, dass sich die wirtschaftliche Lage der Arbeitenden gebessert habe? Die Zielsetzung der früheren Arbeitskonflikte drehte sich fast immer um die beiden Punkte: Löhne und Kündigungen. Drohende oder wirkliche Arbeitskündigungen waren zum Beispiel der Anstoss des Streikes der Ansaldowerke, im November bis Dezember 1950, der 4000 Arbeiter mit Entlassung bedrohte und eine Fabrikbesetzung von 73 Tagen zur Folge hatte. Nun

ist im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit nach den amtlichen Listen von einem Höhepunkt von 2,2 Millionen tatsächlich auf 1,66 Millionen im September gefallen und gerade das Hauptkontingent jener Arbeitssuchenden, die bereits einmal in Stellung waren, ist um 10% zurückgegangen. Die Ziffer stieg zwar im Oktober wieder um 80 000, was sich aber zur Not mit saisonmässigen Einflüssen begründen lässt. Auf der andern Seite wurde für die Entlassenen vermehrte Vorsorge getroffen; so konnten z. B. bei der Schliessung der Ilva-Metallwerke Ende Juli 1950, welche rund 1000 Arbeitskräfte freisetzte, bis auf 330 alle in andern Unternehmungen der Finsidergruppe eingestellt werden. Die in fast allen Industriezweigen steigende Produktion (mit Ausnahme etwa der Manufaktur und Maschinenfabrikation), ferner die anrollende Rüstungsindustrie lassen tatsächlich eine bessere Ausnützung der unbeschäftigten Arbeitskräfte erhoffen. Den Hauptanteil an der Befriedigung hat aber wohl das Abkommen vom Oktober 1950, in welchem die Gewerkschaften und der Industrieverband ein Verfahren festlegten, das die Einzel-Entlassungen unter Mitwirkung der Betriebsräte regelt. Die noch wartenden anderthalb Millionen Arbeitslosen, von denen 900 000 Industriearbeiter sind, werden aber weiterhin die Sorge der Regierung und ein Element der Unruhe bilden.

Die Löhne um 50 Milliarden gebessert

Das Kreuz des italienischen Arbeitsfriedens bleiben aber immer noch die Löhne. Zwar sind im Industriesektor die Reallöhne der Vorkriegszeit fast in allen Branchen überholt. Während die Lebenskosten um das 49fache gestiegen sind, erreichten die Löhne den Faktor 55. Auch das Durchschnittseinkommen stieg von 100 im Jahre 1938 auf 109 im Index 1950. Rechnet man die Bevölkerungszunahme von 7,9% mit ein, so bleibt doch eine durchschnittliche Einkommensvermehrung von 1,1%. Aber was bedeutet das, wenn schon das Vorkriegseinkommen vollkommen ungenügend war? Ein besseres Urteil erlaubt der Vergleich mit den Reallöhnen anderer Länder, wie er in der folgenden Tabelle zum Ausdruck kommt.

Man arbeitete 1949 in:

für:	Amerika	England	Schweiz	Frankr.	Italien
1 kg Brot	11 Min.	11 Min.	11 Min.	28 Min.	38 Min.
1 l Milch	9 »	16 »	11 »	27 »	28 »
1 kg Fleisch	64 »	84 »	140 »	240 »	300 »
1 kg Zucker	9 »	22 »	25 »	75 »	100 »
1 kg Kartoff.	4 »	7 »	11 »	—	38 »

(Realtà Sociale Nr. 11, 1950.)

Noch im September 1950 betrug der Durchschnittstaglohn eines Arbeiters der Industrie 1008 Lire (ca. sechs Schweizerfranken). Man darf aber nicht vergessen, dass es sich um Durchschnittslöhne handelt, die von wenigstens der Hälfte der Arbeiter nicht erreicht werden. Die durchschnittlichen Einnahmen der italienischen Familie wurden 1948 auf monatlich 54 000 Lire (ca. 324 Franken) berechnet. Das heisst 13 000 Lire pro Kopf; aber 8 Millionen vom Total der 10 731 000 Familien, also ca. 73%, erreichten dieses Einkommen nicht. In Crotone, das wegen blutiger Zwischenfälle bekannt ist, wurde 1949 ein Taglohn an Männer in der Landwirtschaft von ganzen 390 Lire bezahlt, an Frauen sogar nur 195. Zufolge Überangebot an Arbeitskräften sanken auch diese Ansätze auf die wirklichen Hungerlöhne von 250 und 125 Lire (Civiltà Cattolica 19. Nov. 1949). Dementsprechend ist die Lebensweise. In Süditalien wohnen 56,1% der Bevölkerung in Wohnungen, in denen mehr als 2 Personen auf ein Zimmer kommen. Nun wurde allerdings am 2. September 1950 zwischen den Gewerkschaften und dem Industrieverband ein Lohnabkommen getroffen, das im Zuge einer besseren Lohndifferenzierung die Löhne der qualifizierten Arbeiter und der Angestellten etwas verbesserte und der Gesamtindustrie eine Vermehrung der Lohnsumme

um ca. 50 Milliarden kosten wird. Aber gerade die unteren Lohnkategorien profitieren sehr wenig davon und zudem sind 1950 auch die Lebenshaltungskosten um ca. 5 % gestiegen.

Und trotzdem keine Entspannung

Da steht man vor der schwerwiegenden Frage: «Kann die italienische Industrie keine besseren Löhne zahlen?» In den oben genannten Lohnverhandlungen machten die Unternehmer vor allem geltend: Um die ganze Arbeitskraft absorbieren zu können, muss die italienische Industrie für den Export arbeiten; das ist nur möglich, wenn die Gestehungskosten tief gehalten werden können; daher dürfen die Löhne nicht erhöht werden. Als Grund der hohen Gestehungskosten werden angegeben: die Kapitalknappheit und die entsprechend hohe Kapitalverzinsung; die technische Überalterung vieler Betriebe, die Überfüllung der Betriebe mit unproduktiven Arbeitskräften, die Überlastung mit sozialen Abgaben. Solange der Produktionsindex gegenüber dem Fortschrittsniveau noch auf Punkt 65 liege, sei es rein wirtschaftlich betrachtet nicht zu verantworten, dass die Löhne 9 bis 10 Punkte über dem Vorkriegsstand stehen.

Es ist schwer, sich über die Lage der italienischen Industrie ein umfassendes Urteil zu bilden, da sich ihre Umwandlung und Entwicklung eben jetzt in vollem Flusse befindet. Es ist zweifellos richtig, dass die Industrie auf den Export angewiesen ist und dass sie auf dem Weltmarkt zufolge ihrer Preise einen schweren Stand hat. Der Schiffsbau z. B. arbeitete 1948 mit Kosten, die 30-40 % höher lagen als in den englischen Werften. Die amerikanische Kohle kam franko Genua billiger zu stehen als die schlechte sardinische Kohle auf der Halde. Es stimmt auch, dass in Italien die Kosten für das Leihkapital unverhältnismässig hoch sind; die Armut Italiens spiegelt sich in seinem Kapitalmangel wieder. Viel Sparkapital kann beim geringen Volkseinkommen nicht erwartet werden. Zwar sprach der Finanzminister Pella von einem Programm, 1650 Milliarden Lire für nationale Investitionen einzusetzen, was 20-22 % des Volkseinkommens bedeuten würde. Davon werden aber nur 630 Milliarden für die Privatwirtschaft zur Verfügung stehen, und weniger als die Hälfte von diesen für die Industrie. 1949 wurden für 200 Milliarden neue Aktien und Obligationen ausgegeben. Der Bedarf ist aber gerade jetzt, wo ganze Industrien umgestellt und rationalisiert werden sollen, bedeutend grösser. Und so ist es nicht verwunderlich, dass in Italien für Leihkapital 8-12 % Zins bezahlt wird. Dazu kommt das Misstrauen der Geldgeber gegenüber Aktien, die 98 % ihres Vorkriegswertes verloren haben. Die Kauflust kann eben auch da nur angeregt werden, wenn unverhältnismässig hohe Dividenden ausbezahlt werden. Manche Aktiengesellschaften suchen die Wertschrumpfung der Aktien durch Gratiskapitalerhöhungen wettzumachen, indem sie z. B. einer Aktie von 100 Lire ohne neue Einzahlung den Nennwert von 200 Lire verleihen. Manche hatten sich dazu vorsorglich Wieder-Aufwertungsreserven angelegt. Andere benutzen dazu einen Teil der laufenden Gewinne und wieder andere müssen neues Geld aufnehmen.

Was die überzähligen Arbeitskräfte angeht, besteht freilich in Italien eine Zwangseinstellung für eine bestimmte Arbeiterzahl (Imponibile mano d'opera). Dass zwischen Markt und Produktion ein Missverhältnis besteht, geht selbst aus den Ausführungen Pellas (1950) hervor, dass manche Fabriken auf Vorrat arbeiten. Noch deutlicher wird dies aus dem Lohnanteil an den Produktionskosten, der 1938 53 %, 1949 aber bereits 81 % betrug (NZZ 23. Oktober 1950). Die Sozialabgaben der Unternehmer belaufen sich nach Berechnungen des Arbeitsministeriums in Italien auf 33 % der Lohnsumme (Osservatore Romano 1. November 1950). Auch die Diskrepanz zwischen Produktionskosten und Marktpreisen, wenigstens für das Jahr 1949, wurde von Pella zugegeben. Er gibt aber die Hauptschuld den übersetzten Kapitalkosten und

will daher ihre Korrektur nicht durch eine Senkung der Löhne, sondern durch Rationalisierung der Betriebe bewerkstelligen.

Müssen so viele Klagen und Begründungen der Unternehmer als berechtigt anerkannt werden, so erstaunt es umso mehr, dass die Geschäftsabschlüsse mancher Unternehmen trotzdem manchmal fabelhafte Gewinne aufweisen. Der grosse Bergbau- und Chemiekonzern Montecatini, Mailand, legt bei einem Aktienkapital von 30 Milliarden für das Geschäftsjahr 1949 einen Reingewinn von 3873,7 Millionen vor, der ihr die Verzinsung des Aktienkapitals mit 12 % gestattet. Dabei waren aus dem Betriebsergebnis noch 6,5 Milliarden an die Reserven gelegt, 2,2 Milliarden als Steuern abgeführt und 3,5 Milliarden Generalunkosten bezahlt worden, so dass also der Bruttogewinn wenigstens 16,1 Milliarden betragen haben muss. Im gleichen Geschäftsjahr war aber auch das Kapital gratis von 24 auf 30 Milliarden erhöht worden und es ist nicht ersichtlich, ob diese 6 Milliarden aus den Reserven abgeschöpft oder wenigstens zum Teil nicht auch aus dem Bruttogewinn abgezogen wurden. Die SAFFA, eine Aktiengesellschaft für Zündholzfabrikation in Mailand, verdoppelte ihr Aktienkapital von 1 auf 2 Milliarden und verzinst dieses neue Kapital mit 21 %. Die Reserven verminderten sich aber nur um ca. 0,4 Milliarden. Sogar die Ilva-Metallwerke, die 1950 wegen Unrentabilität geschlossen werden mussten, konnten im Jahre zuvor noch 6 % Dividenden auszahlen.

Darf aus diesen und vielen ähnlichen Abschlüssen auch nicht ein allgemeines Urteil über die ganze Industrie gefällt werden, so gewinnen doch jene Stimmen an Gewicht, welche den italienischen Industriellen unberechtigte Gewinne auf Kosten der Arbeiterschaft vorwerfen. Bei den Lohnverhandlungen der Gewerkschaften mit dem Unternehmerverband im November 1950 hatte di Vittorio den Totalgewinn der Industrie nach Angaben der Banca d'Italia auf 430 Milliarden errechnet und zwar nach Abzug der Steuern und Neuinvestitionen. Und der Sekretär der christlichen Gewerkschaften, Pastore, hatte die viel-sagende Bemerkung gemacht, dass diese Gewinne nicht in der Industrie verwendet wurden, sondern «andere Wege gingen».

Wenn auch in dieser Summe die Kapitalzinsen nicht enthalten sind und die genannten Gewinne darum nicht einfach als Unternehmerngewinne etikettiert werden können, so ist es doch den Arbeitern nachzufühlen, dass sie über so unmässige Gewinne der Geldgeber erbost sind, und wenn zugegebenermassen die Modernisierung der Betriebe grosse Investitionssummen verlangt und darum ein grosser Teil des Bruttogewinnes im Geschäft bleiben muss, so heisst das nicht, dass diese Gewinne zur Gänze dem Kapital zugeschrieben werden dürfen. Wenn nämlich diese Gewinne auf Kosten der Löhne gemacht würden, dann sind sie in Wirklichkeit Eigentum der Arbeiter und bleiben Eigentum der Arbeiter, auch wenn sie wegen der Lage der Industrie nicht ausbezahlt werden können. Es wäre doch wohl denkbar, dass man bei einer eventuellen Lohnerhöhung einen Teil des Lohnes, statt auszubezahlen, im Betrieb investiert, den Arbeitern gutschreibt und ihm auf diese Weise eine Mitbeteiligung am Betriebe gewährt. Dadurch würden nicht nur die Interessen der Arbeiter besser mit den Interessen seines Betriebes verflochten, man würde damit auch einem evtl. Kaufkraftüberhang und der Gefahr einer Inflation vorbeugen. Jedenfalls ist es stossend, dass man eher alle auch übersetzten Ansprüche der Kapitaleise zu befriedigen sucht, ehe man auf eine auch nur genügende Befriedigung des arbeitenden Faktors besorgt ist. Es ist nicht schwer, die Adresse anzugeben, an welche de Gasperi in seiner Rede an die Freiheitskämpfer (29. Okt. 1950) die Worte richtete: In Italien sei die soziale Gerechtigkeit noch nicht verwirklicht, weil es immer noch Leute gebe, die einen allzugrossen Anteil des nationalen Einkommens beanspruchen. Es liegt aber auf der Hand, dass eine soziale Beruhigung erst eintreten wird, wenn die Unternehmer und Kapitalgeber über die «Grundsätze des letzten Jahrhunderts» hinauswachsen (Dayton) und die Grundforderungen der christlichen Ethik zu erfüllen anfangen.

Zum Dekret über Rotary

Mitte Oktober brachte die «Orientierung» in Nr. 19 eine Darlegung der Grundsätze und eine Beurteilung des Rotary-Clubs. Wie dort vermerkt, war der Stoff zum grössten Teil den «Cahiers d'action religieuse et sociale» Paris, 15. Sept. 1950 entnommen. Viele Leser haben diese sachliche Darstellung begrüsst. Einige hielten die Beurteilung für zu günstig. Wir konnten nicht päpstlicher sein als der Papst. Erwähnt war im Artikel die Verlautbarung der Konsistorialkongregation vom 4. Februar 1929. Auf die vorgelegte Frage, ob Kleriker von den zuständigen kirchlichen Behörden befugt werden können, dem Rotary-Club beizutreten oder seinen Sitzungen beizuwohnen, hiess die Antwort: Non expedit, was wohl mit «nicht tunlich» oder «besser nicht» zu übersetzen ist. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Die Antwort hiess aber auch nicht einfach «negative», was ein eindeutiges Nein bedeutet hätte. So hat denn der «Ami du Clergé», der im Ruf steht, die striktere Linie zu befolgen, am 17. Juni 1937 anspielend auf obige Bestimmung die Formulierung geprägt: Der Beitritt ist den Priestern abzuraten, den Gläubigen hingegen freigestellt.

Berichtet wurde auch, dass die holländischen Bischöfe ihren Gläubigen den Beitritt verboten haben. Und zwar nur deshalb, weil sie grundsätzlich keine gemischten Verbände (das gleiche gilt für Turner, Gewerkschafter etc.) zulassen. Im Bericht waren ferner einige Hinweise auf die Lage in Italien unter Pius XI. angeführt.

Unterdessen hat Rom von neuem gesprochen. Und zwar diesmal offiziell und offiziös. Offiziell in einem Dekret des Hl. Offiziums, das am 20. Dez. abgefasst, am 26. vom Papst gutgeheissen und am 11. Januar 1951 veröffentlicht worden ist. Dieses Dekret verbietet den Klerikern nun klar, Mitglied des Rotary-Clubs zu sein und den Clubsitzungen beizuwohnen. Die Laien mahnt es, sich an die Vorschriften des Canons 684 zu halten, d. h. sich wo möglich katholischen Verbindungen anzuschliessen und verdächtige zu meiden.

Das Dekret hat viel Staub aufgewirbelt, auch in Italien. Je nach der Grundeinstellung sprach ein Teil der Presse von einem absoluten Verbot für alle, Kleriker und Laien, was sicherlich übertrieben ist. Nichts wäre einfacher gewesen als im Dekret zu sagen: Klerikern und Laien ist der Beitritt zum Club verboten. Da dies nicht geschah, wollte das Hl. Offizium diese beiden Dinge offenbar auseinanderhalten. Andererseits wurde die Tragweite des Dekretes in bezug auf die Laien da und dort bagatellisiert, weil kein Verbot ausgesprochen war. Rom wurde deshalb bereits in den ersten Tagen nach dem Dekret von den verschiedensten Seiten um eine Klärung der Lage angegangen.

Am 27. Januar brachte der Osservatore Romano eine zweite Verlautbarung mehr offiziöser Art. Die Presse hat diesen ziemlich ausführlichen Text gebracht. Gewisse Zeitungen verschwiegen diese neuen Darlegungen, obwohl sie das Dekret sehr hervorgehoben hatten...

Die erläuternde Darstellung geht von der an Rom gerichteten Bitte aus, doch Klarheit über die Tragweite des Dekretes zu geben. Zu Beginn spricht der Verfasser vom Erlass von 1929 und fügt bei, dass die Direktive von damals nun nach dem neuesten Dekret für Priester als «unerlaubt» gedeutet werden müsse. Dann kommt der Artikel mit der strikten Auslegung des Dekretes: Das Verbot für Priester betrifft die Mitgliedschaft und das Mitmachen an den eigentlichen Sitzungen, nicht aber den Besuch von Veranstaltungen, die von Rotariern für einen weiteren Rahmen gedacht sind, zumal in Fragen, die sich mit der priesterlichen Tätigkeit vereinbaren lassen. Die römische Antwort deutet weiter an, dass der Club vorwiegend wirtschaftliche und berufliche Fragen behandelt, was gewisse Rotarier verneinen. Bei diesen rein weltlichen

Geschäften soll der Klerus tatsächlich die Finger aus dem Spiel lassen, ja, auch den Schein vermeiden. Uns scheint ein anderer Gesichtspunkt das Verbot noch zu begründen. Der Priester vertritt kraft seines Amtes und seiner Weihe die bewusst religiöse Lebensbeurteilung und Lebensgestaltung. Rotary lässt ihn auch zu Wort kommen, stellt aber neben ihn auf die gleiche Ebene den Psychologen, den Anthroposophen, den Buddhisten usw. Es ist begreiflich, dass die Kirche ihren Priester hier nicht als «Mitglied» wissen will. Das Apostolat unter diesen Leuten kann auch auf andere Art ausgeübt werden, sofern das Bedürfnis wirklich vorhanden ist. Auch kann die Gegenwart des Priesters immer wieder als Deckmantel vorgeschoben werden, in Fragen, bei denen die Laien besser die ganze Verantwortung auf sich nehmen sollten.

Im folgenden Teil kommt die Tragweite des Dekretes für die Laien zur Sprache. Ausdrücklich wird vermerkt, dass es sich nicht um das gleiche Verbot handelt wie bei den Priestern. Wohl aber wird eine deutliche Warnung ausgesprochen und begründet. Rotary leugnet die Religion und die christliche Moral nicht, abstrahiert aber bewusst davon mit Rücksicht auf die verschiedenen Mitglieder, die aus allen Richtungen kommen können. Das gezeichnete Ideal ist das einer edlen Natürlichkeit und Menschlichkeit (die zu bejahen und zu pflegen ist), aber doch im Sinn einer bewussten Laisierung und Saecularisierung des Lebens. Der einzelne mag sogar zur Befolgung seines persönlichen religiösen Lebens aufgefordert werden, aber für die gesellschaftliche Lebensgestaltung zählt die Religion nicht. Ja, in gewissen Ländern hat sich auf diese Weise sogar ein antiklerikaler Geist in die Rotary eingeschlichen. Darum heisst es, gut aufpassen: Der nähere Umgang mit Leuten von fraglicher Weltanschauung, auch wenn sie menschlich noch so recht zu sein scheinen, bringt auf die Dauer die Gefahr des Indifferentismus mit sich.

Nun folgt eine kluge Weisung: Man möge nicht allein auf das eigene Urteil bauen, sondern sich von den zuständigen Bischöfen beraten lassen, die wissen müssen, ob in ihrem Sprengel der Rotary verdächtig ist oder nicht. Bestehen ehrliche Garantien, dann brauchen die Bischöfe nicht einzuschreiten. Sonst müssen sie den Beitritt verbieten. Und als letztes wird den Bischöfen noch nahe gelegt, nicht nur den eigenen Sprengel, sondern die Zustände des ganzen Landes bei ihren Entscheidungen im Auge zu haben.

Zusammenfassend wird man sagen können: Es müssen in Rom Klagen und Fragen aus verschiedenen Ländern eingegangen sein. Vermischung mit Freimaurerei, starke Geschäftsgruppen, kulturelle Allerweltsverbrüderung, antiklerikale Vorstösse, auf dies alles wird hingewiesen worden sein. Rom gab daraufhin — nach eingehendem Studium der Weltstatuten — eine grundsätzliche Entscheidung. Sache der Bischöfe ist es nun, in ihren Diözesen und Ländern zum Rechten zu sehen. Die Priester sollen künftighin wegbleiben, die Laien die Augen offenhalten und sich mit ihrer geistlichen Behörde beraten.

Trotz aller klaren Statuten wird es praktisch bei den Rotariern sein wie anderswo auch: Die Gruppen sind das, was die Mitglieder sind. Sehen die Mitglieder vorwiegend das Geschäft, dann haben wir es mit einer Interessengemeinschaft, mit einer Art Gewerkschaft des höheren Mittelstandes zu tun. Sind die Mitglieder mehr geistig interessiert, wird die betreffende Gruppe eher ein Kulturklub sein. Sind die Mitglieder mehrheitlich freigeistig eingestellt, so wird man dies bald merken. Stehen sie religiös mehrheitlich auf gesundem Boden und haben sie den statutarisch verlangten Dienstwillen, dann werden sie allerlei Rechtes leisten können. Katholiken müssen dabei auf der Hut bleiben, dass sie den Geist des Indifferentismus und des Laizismus nicht in sich einsickern lassen im Denken, Bewerten und Handeln. Politische und

religiöse Neutralität sind auch anderswo sehr schöne Programmpunkte, aber die Wirklichkeit bringt Versuchungen mit sich, die sehr ernst genommen werden müssen und legt Verantwortungen auf, die man nicht auf die leichte Schulter nehmen darf. Ob die Gefahr des Indifferentismus und Laizismus kleiner oder grösser ist als bei andern geduldeten Aktionsgruppen (wir denken z. B. an die Einheitsgewerkschaft und auch an gewisse Sportsverbände) wird schwer zu entscheiden sein und wieder von den einzelnen Gliedern abhängen.

In der Schweiz scheint sich eine ganze Anzahl katholischer Rotarier bereits vor dem Dekret mit den bischöflichen Behörden ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Nach dem Dekret wehrten sich gewissenhafte Leute in der Öffentlichkeit gegen die gemachten Vorhalte. Niemand wird ihnen das Recht absprechen, das Rom ihnen gibt, sich mit den Ordinariaten zu einigen. Es geht also hier nicht, wie das auch da und dort angedeutet wurde, um eine privilegierte Stellung der Schweizer Rotarier. Wenn die Bischöfe finden, dass die Gruppen intakt

sind, ist die Sache in Ordnung. Priester waren sowieso wenige dabei.

Noch eine Bemerkung zum Schluss. Die Rotarier sollten sich gleichwohl die Frage stellen, ob der Club in kleineren Gemeinden nicht ein ständiger Stein des Anstosses werden kann. Da es ihnen ja darum geht, Leute von Format in ihren Kreis aufzunehmen, wird dort, wo man sich zu gut kennt, immer die Gefahr bestehen, sich in einer Sondergruppe in der Regierung oder gar in der Opposition zusammenzufinden. Da kann es Spannungen geben, die nicht gut sind für kleinere Verhältnisse. Andererseits muss aber betont werden: Wenn Übergriffe vorkommen auf politischem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet, dann sollte man diese Leute eben von der Politik oder von der Wirtschaft her bekämpfen. Nur einfach von der Kirche erwarten, dass sie eine unerwünschte Opposition erledigt, ist doch ein zu billiger Weg.

Ob die Sache nun zur Ruhe kommt? Die Richtlinien sind klar. Wachsamkeit und katholisches Verantwortungsgefühl sollten die Lage meistern können. B.

Ex urbe et orbe

Für die Einigung der Christenheit

Der Bischof von Würzburg, Dr. Julius Döpfner, setzte sich zum Abschluss der Weltgebetsoktav zur Wiedervereinigung im Glauben in einer Predigt mit den in diesem Anliegen enthaltenen Fragen auseinander. Die Wiedervereinigung, sagte der Bischof, ist für jeden Katholiken ein verpflichtendes Anliegen und eine drängende Aufgabe. Die Spaltung der Christenheit dürfe von den Katholiken nicht einfach hingenommen werden. Die Treue zum Testament des Herrn müsse in steter Unruhe halten.

Zu der von manchen Katholiken geäusserten Ansicht, diejenigen, die das Testament Christi missachtet und die Einheit gesprengt hätten, sollten zurückkehren, erklärte Bischof Dr. Döpfner: «So einfach liegen die Dinge nicht. Sehen wir einmal davon ab, dass unsere nichtkatholischen Brüder, die von Jugend auf in anderen christlichen Gemeinschaften aufgewachsen sind, der redlichen Überzeugung sind, dass ihr Weg der rechte ist. Vielmehr möchte ich das sehr nachdrücklich sagen, dass auch wir schuldig sind. Bei den grossen Spaltungen haben immer Missstände und Schwächen in der Kirche die bittere Stunde der Trennung vorbereitet. Gerade wenn wir zurückschauen auf die Reformation in Deutschland, erkennen wir mit tiefem Schmerz die schweren Schäden im kirchlichen Leben, welche die Loslösung Luthers und der evangelischen Gemeinschaften von der katholischen Kirche mitverursachten. Sagen wir nicht: Was geht uns das an, wenn damals die römische Kurie, die Bischöfe und Priester, oder auch unsere Väter schuldig wurden? Das wäre eine pharisäische oder wenigstens sehr leichtfertige Rede. Wer so denkt weiss nicht, dass auch er Tag für Tag durch seine Lauheit und sein halbes Christentum mitschuldig wird an dem Abfall vieler Christen in ein gottloses Neuheidentum. Nein, wir wollen voll Demut zu den Sünden unserer Väter stehen, wollen den Anruf Gottes zur Wiedergutmachung vernehmen und in liebender Sorge Ausschau halten nach unseren getrennten Brüdern.»

Die Wiedervereinigung im Glauben, so fuhr der Würzburger Bischof fort, sei aber auch eine Forderung der Zeit. Er erinnerte an die konfessionelle Mischung durch Industrialisierung, Binnenwanderung und Austreibung von Millionen und an die gemeinsame Bedrohung der ganzen Christenheit. «Frühere Zeiten standen im Zeichen der Auseinandersetzung, ja sogar im Zeichen bitterer und blutiger Religionskriege. Heute ist nicht nur die einzelne Kirche, sondern die ganze

Christenheit bedroht». Auf der einen Seite sei der Zerfall wesentlicher Grundkräfte des Christentums festzustellen, auf der anderen Seite würden «alle christlichen Gemeinschaften von einer ungeheuren gotthassenden Macht bedrängt, die mit einem messianisch anmutenden Anspruch voll fanatischer Gläubigkeit das Christentum restlos ausrotten will».

In fünf Punkten zeigte Bischof Dr. Döpfner dann auf, was die Katholiken tun können, um die Einheit der Christenheit wiederherzustellen.

1. Es muss eine innige Liebe zur katholischen Kirche entwickelt werden. Dazu gehöre die Abweisung des dogmatischen Indifferentismus, der zur Zersetzung des Christentums und zum Untergang der rechten ökumenischen Bestrebungen führen müsse. «Es geht bei dem Mühen um die Einheit im Glauben nicht um einen Kompromiss, sondern um die gemeinsame Erinnerung der vollen Offenbarungswahrheit». Um im Gespräch mit den evangelischen Christen gerüstet zu sein, bedarf es einer genauen Kenntnis der katholischen Lehre. Ferner gehören zu dieser Liebe ein Leben in der Fülle der katholischen Frömmigkeit, der treue Gehorsam zur Hierarchie der Kirche und der Aufbau katholischer Familien.

2. Da die Wiedervereinigung nicht Menschenwerk ist, ist es «unsere wichtigste Aufgabe, Gottes Gnade herabzuziehen durch Busse und Gebet».

3. Wenn eine ehrliche Begegnung mit den evangelischen Brüdern stattfinden soll, dann ist Voraussetzung hierfür «liebendes Verstehen für Andersgläubige». «Räumen wir in ehrlichem Mühen die Vorurteile und Fehlteile aus, die aus den heissen Kämpfen der Vergangenheit auf uns gekommen sind. Ich bitte meine Mitbrüder im Priesteramt, im Unterricht alle Aussagen über die evangelische Kirche, ihre Geschichte und ihre Lehre sorgfältig abzuwägen und so zu fassen, dass sie einen kundigen evangelischen Christen zum Hörer haben könnten. Wir bitten aber auch die evangelischen Brüder, so manches wahrhaft verfehlte und für uns schmerzliche Urteil abzutun, vor allem im Konfirmandenunterricht.

4. Das klärende Gespräch muss fortgesetzt werden. Selbstverständlich müssen dabei auf katholischer Seite die Weisungen des Hl. Stuhles und der Bischöfe streng beachtet werden, denen daran liegt, dass solche Gespräche «bei voller dogmatischer Klarheit und ohne Verwischung der Unterschiede» geführt werden. Sofern die Richtlinien eingehalten werden, tragen diese gemeinsamen Besprechungen viel zu

gegenseitigem Verständnis bei und halten das Anliegen der Wiedervereinigung lebendig.

5. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den gemeinsamen Zeitaufgaben stellt einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung dar. Hierzu führte Bischof Dr. Döpfner wörtlich folgendes aus: «Die Grundlagen christlichen Lebens sind heute bedroht. Wollen wir zusammenstehen in der Verteidigung dessen, was uns anvertraut ist! Eine staatliche Ordnung und soziale Gerechtigkeit nach wahrhaft christlichen Grundsätzen ist uns als Aufgabe gesetzt. Nur mit gemeinsamer Anstrengung wird sie erreicht. Wollen wir dabei uns in den Rücken fallen oder müssen wir nicht redlich zusammenwirken, damit nicht jene Kräfte stärker werden, denen nichts mehr an einer christlichen Gestaltung des Staates, der Wirtschaft und unserer Kultur liegt? Die gemeinsame Bedrückung der vergangenen Jahre brachte uns näher. Gehen wir nicht auseinander, denn heute und morgen bedürfen wir nicht minder des Zusammenhaltens... Wir Katholiken wollen uns in den Fragen des täglichen öffentlichen Lebens von aller konfessionellen Engherzigkeit und Unsachlichkeit frei halten und bitten auch unsere evangelischen Brüder recht herzlich um solche Grosszügigkeit.»

Südamerika: Wer fördert das Schulwesen?

Unter allen Problemen Südamerikas steht die Schulfrage nach wie vor an der Spitze. Angefangen von der Primarschulstufe bis zur Universität leidet das Erziehungswesen in den meisten lateinamerikanischen Staaten an einer chronischen Krise. Noch immer gibt es insgesamt über 70 Millionen Analphabeten (Gesamt-Einwohnerzahl: ca. 95 Mill.), und diese Zahl vergrössert sich eher, als dass sie etwa abnehmen würde, denn über 20 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter entbehren der Möglichkeit eines regelmässigen Schulbesuches. In einzelnen Ländern sind die Verhältnisse besonders bedenklich. So besuchen in Bolivien von insgesamt 757 530 Kindern im schulpflichtigen Alter nur 171 565 die Schule. Auch Puerto Rico zählt 250 000 Minderjährige, für die jede Bildungsmöglichkeit fehlt. Die Gründe dieser betrüblichen Zustände liegen vor allem auf finanziellem Gebiete. Der Staat ist vielfach nicht in der Lage, die Geldmittel aufzubringen, um die notwendigen personellen und technischen Vorkehren zur Besserung der Verhältnisse im wünschbaren Ausmass und mit der gebotenen Beschleunigung treffen zu können.

Unter diesen Umständen kommt der Erziehungsarbeit der Kirche eine besondere Bedeutung zu, wenn sie auch aus begreiflichen Gründen nicht genügen kann, um die bestehenden Lücken auszufüllen. In allen Staaten Südamerikas unternehmen die Bischöfe heroische Anstrengungen, um mit eigenen Mitteln den Ausbau des Schulwesens voranzutreiben. Insgesamt werden gegenwärtig in kirchlichen Primar- und Sekundarschulen, deren über 8500 gezählt werden, rund 1 350 000 Kinder unterrichtet, wobei die zahlreichen Missionsschulen nicht mitgerechnet sind. In zahlreichen Staaten lastet ein grosser Teil des gesamten Erziehungswesens auf den kirchlichen Institutionen. In Kolumbien und Haiti beträgt die Zahl der Schüler der von den Diözesen unterhaltenen Erziehungsstätten mehr als ein Viertel der Gesamtschülerzahl. Auch in Bolivien, Chile, Mexiko und Uruguay sind die Anstrengungen der katholischen Kirche im Bildungswesen verhältnismässig bedeutend grösser als diejenigen des Staates. In den Missionsgebieten unter der eingeborenen indianischen Bevölkerung kümmert sich die öffentliche Hand überhaupt nicht um die Schulbildung, so dass die ganze Arbeit der Kirche überlassen bleibt.

Beachtenswert sind auch die Leistungen des Katholizismus auf dem Gebiete des höheren Bildungswesens. Insgesamt weist Lateinamerika 10 katholische Universitäten mit rund 10 000 Studenten auf, die samt und sonders durch freiwillige Spenden der Gläubigen unterhalten werden. Natürlich ist es

ihnen unter diesen Umständen nicht möglich, allen Anforderungen des modernen wissenschaftlichen Lebens genügen zu können. Aber ohne ihren Beitrag wäre doch ein wesentlicher Teil des lateinamerikanischen Geisteslebens der Verkümmern preisgegeben.

Wir geben im Folgenden einen Überblick über die katholischen Universitäten Lateinamerikas.

1. *Brasilien* zählt drei katholische Universitäten: die Päpstliche Universität in Rio de Janeiro mit Fakultäten für Recht und Philosophie, sowie einem Polytechnikum und einer Sozial-Hochschule; in Porto-Allegre besteht neben einer katholischen Rechtsfakultät eine katholische Universität des Staates Rio Grande-do-Sul.

2. *Ecuador* besitzt eine katholische Universität, die seit 1946 öffentlich anerkannt ist. Neben einer Rechts- und Philosophie-Fakultät hat sie eine polytechnische Schule angegliedert, sowie ein Institut für religiöse Studien (drei Jahre Dogmatik und Kirchengeschichte, ein Jahreskurs Moral).

3. *Kolumbien* hat an seiner berühmten Päpstlichen Xaverius-Universität neben der Rechts-Philosophie- und Theologie-Fakultät auch eine medizinische Fakultät, sowie ein Institut für Wirtschafts-Wissenschaft und eines für akademische Frauenberufe.

In Bogotá existieren ebenfalls eine höhere Schule und eine soziale Frauenschule. — Die Päpstliche Bolivianische Universität umfasst sämtliche Fakultäten samt einer Architektur-schule, einer Handelsschule und einer Frauenfachschule, neustens auch eine «Volkshochschule».

4. Auch *Kuba* besitzt seit 1946 eine katholische Universität, der eine Diplomatschule angegliedert ist.

5. In *Mexiko* hat der Staat verfassungsgemäss das Schulmonopol. Seit 1943 besteht jedoch eine «Freie Universität» in der Hauptstadt, unter der Leitung der Gesellschaft Jesu.

6. *Peru* besitzt in Lima seit 35 Jahren die «Päpstliche Universität».

7. In *Porto-Rico* auf den Antillen (die zum südamerikanischen Kulturkreis gehören) befindet sich in der Stadt Ponce die katholische Universität «Sedes Sapientiae».

8. *Argentinien*, dessen Schulsystem in Reorganisation begriffen ist, hat gegenwärtig keine katholische Universität, doch werden besondere Kurse regelmässig veranstaltet, auch gibt es daselbst ein Katholisches Kulturinstitut für Frauen mit Kursen in Philosophie, Theologie, Literatur und Sozialwissenschaften.

Buchbesprechungen

Gilson E.: Der Geist der mittelalterlichen Philosophie. Deutsche Fassung von R. Schmücker. Verlag Herder, Wien, 1950; XV und 467 S.

Schuster J. B., SJ.: Philosophia moralis in usum scholarum. Verlag Herder, Freiburg, 1951. XV und 228 S.

De Vries J., SJ.: Logica et Introductio in philosophiam. Verlag Herder, Freiburg, 1951. X und 181 S.

Van Steenberghe F.: Erkenntnislehre. Aus dem Französischen übersetzt und durch Anmerkungen erweitert von DDr. A. Guggenberger. Benziger & Co., Einsiedeln, 1950. 414 S.

Im Licht des Rundschreibens «*Humani generis*» gewinnen scholastisch-philosophische Neuerscheinungen ihr besonderes Interesse. Die hier zu besprechenden Bücher sind nach Zweck und Eigenart äusserst verschieden, treffen sich aber in dem allen eignenden Grundzug: frohes Bekenntnis zu Traditionswerten verbunden mit aufgeschlossener Zeitnähe.

Wenn ein Forscher vom Rang Etienne Gilsons als Ergebnis einer Lebensarbeit und jahrzehntelanger Detailforschung uns eine Gesamtschau mittelalterlichen Philosophierens verspricht, darf man von vornherein Bedeutendes erwarten. «*L'esprit de la philosophie médiévale*» ist nicht eine trockene Aufzählung vieler Namen und Meinungen, auch nicht eine

ideengeschichtliche Darstellung, die nur von einer der verschiedenen Schulen der Früh-, Hoch- und Spätscholastik zur anderen hin führen würde. Gilson lässt vor uns das Bild mittelalterlichen Philosophierens als ein Ganzes in der Fülle des allen Gemeinsamen erstehen. Die grossen Zentralprobleme mittelalterlichen Denkens treten hervor: die Frage nach Gott (seinem Wesen, seiner Beziehung zur Welt, nach der Ehre Gottes, die sich in dem analogen Sein der Welt verwirklicht, nach der Vorsehung und dem christlichen Optimismus), dann die Frage nach dem Menschen (in dem Zwiespalt seiner Natur, in seinem Person-sein, seinem Selbstbesitz, seiner Erkenntniskraft, seiner Freiheit und Selbstverantwortlichkeit), endlich die Frage nach dem Metaphysischen in der Natur und nach dem Sinn der Geschichte. Bei den Einzelproblemen wird jeweils zuerst aufgewiesen, was das Mittelalter als Erbgut von Problemstellungen und -lösungen bereits von den Griechen, von der hl. Schrift und von den Kirchenvätern übernehmen konnte. Vom Erbgut sich abhebend erscheint das scholastische Philosophieren in einer oft überraschenden Selbstständigkeit und Gründlichkeit seiner eigenen denkerischen Kraft. P. Raynulf Schmücker O. F. M. hat das Werk trefflich übersetzt und bearbeitet. Dass dabei die im Originaltext gebotenen Zitate aus den Meisterwerken weggelassen, kann man bedauern; sie hätten dem Buch noch ein besonders lebendiges Kolorit verliehen und nicht jeder kann die alten Werke selbst nachschlagen. Andererseits diene es allerdings einer nützlichen Verbilligung des wertvollen Werkes.

Die drei folgenden Bücher verfolgen einen anderen Zweck und sind dementsprechend anders (was natürlich nicht heissen soll: geringer) geartet. Die Logik von de Vries und Schusters Ethik gehören als Band I bzw. VII zu einer von der Ordenshochschule Berchmanskolleg in Pullach b. München herausgegebenen Lehrbuchsammlung: «Institutiones philosophiae scholasticae» und dienen der Einführung in das Studium scholastischer Philosophie im XX. Jahrhundert. Dem Ziel entspricht die bei aller Inhaltsfülle verhältnismässig knappe Darbietung des Stoffes (die breitere Darlegung durch die Vorlesungen und Willen zum Selbstdenken bei den Studierenden vorausgesetzt), ferner das sichtliche Drängen auf Hinführen zu Deutlichkeit der Begriffe und Fragestellungen, Sauberkeit der Beweisführungen und Klarheit eines Überblicks über das sorgsam durchgegliederte Ganze des Stoffes. Deutschsprachige Leser werden gern zu der ebenfalls vom Berchmanskolleg herausgegebenen Parallel-Sammlung philosophischer Darstellungen: «Mensch, Welt, Gott» greifen, deren Veröffentlichungen allerdings auf bedauerliche Hemmungen zu stossen scheinen.

Die Erkenntnislehre des Löwener Professors Fernand van Steenberghen bildet den II. Band der grossen, unter der Leitung von P. Max Roessle (Einsiedeln) übersetzten Sammlung des philosophischen Institutes von Louvain. Erkenntniskritik im Stil des XIX. Jahrhunderts und so, wie sie lange Zeit hindurch an vielen Fakultäten ungebührlicherweise fast das Ganze der Philosophie auszumachen schien, ist wohl heute überholt. Aber die Probleme bleiben und rufen nach einer wissenschaftlich gründlichen, vom Subjektivismus befreiten, weltoffenen-realistischen Lösung, wie sie seit Husserls Phänomenologie und, besser, Nicolai Hartmann wohl angebahnt, aber keineswegs überall gefunden worden ist. Wir haben früher ausführlicher die Verdienste der Löwener Schule hervorgehoben und möchten das dort Gesagte hier auch auf den vorliegenden II. Band der «Philosophia Lovaniensis» anwenden.¹⁾

Prof. Dr. A. Willwoll

Moser Fanny: Spuk. Irrglaube oder Wahrglaube? Eine Frage der Menschheit. Mit Vorrede von Prof. C. G. Jung. I. Band: Materialsammlung, mit Tafeln und Textfiguren. 348 Seiten. Gyr-Verlag, Baden bei Zürich, 1950.

Klimsch-Grabinski: Leben die Toten? Nach eidlichen Aussagen und auf Grund sonstiger gut bezeugter Berichte. Verlag Walter, Olten, 316 Seiten.

Die Frage des Lebens nach dem Tode ist von so eminenter Bedeutung, dass man es nur begrüssen kann, wenn nicht nur der Glaube darauf seine klare, prinzipielle Antwort gibt, sondern wenn auch die Wissenschaft überlegt, was auf empirischem Wege feststeht und was nicht. Im Dienste dieser Aufgabe stehen die beiden anzuzeigenden Werke.

Dr. Fanny Moser beschränkt sich im vorliegenden ersten Band des Werkes «Spuk» auf die reine Tatsachenforschung: ist Spuk mit Sicherheit bezeugt? Es werden zehn Hauptfälle und sieben Nebenfälle behandelt, am ausführlichsten der Spukfall im Haus von Nationalrat Joller in Stans, 1862. Auch sehr kritische Leser bezeugen, dass man an jedem menschlichen Zeugnis verzweifeln müsste, wenn durch die vorgelegten Zeugnisse Spuk nicht objektiv bezeugt wäre. Die Verfasserin ist ja selber in der Schule kritischer Empirie gross geworden, ist eigentlich von Haus aus Biologin, näherhin Zoologin, Mitglied der preussischen Akademie der Wissenschaften und hat einst über die Tiefseefauna im Golf von Neapel besonders geforscht. Mit der gleichen Akribie ging sie dann an die Frage nach der Tatsächlichkeit okkultur Phänomene und hat 1935 in ihrem tausend-

¹⁾ Vgl. «Orientierung» 1950, No. 7, S. 76.

seitigen Werk: «Okkultismus, Täuschungen und Tatsachen» (Reinhardt-München und Orell Füssli-Zürich) ein bis heute gültiges Standard-Werk geschaffen. Der erste Band ihres Werkes über den Spuk reiht sich würdig an dieses frühere Werk von 1935. Man ist nun sehr auf den zweiten Band, den Band der Deutung der Phänomene, gespannt. Auch wenn man vielleicht nicht gleicher Überzeugung ist, wie die Autorin, so könnte man doch keinen qualifizierteren Gesprächspartner wünschen.

Aussagen über das nachtödlche Leben sollten nicht von irgend einem Teilaspekt aus verallgemeinern, weder vom Spuk aus, noch vom Spiritismus aus, weder von Armenseelen-Erscheinungen noch von Heiligen-Erscheinungen aus, sondern einen möglichst umfassenden Standpunkt wahren. Die beiden hier genannten Werke sind deswegen begrüssenswerte Teiluntersuchungen eines grösseren Ganzen. In diesem Sinne bildet das Werk von Msgr. Dr. Klimsch, das von Grabinski stark umgearbeitet wurde und nun in achter Auflage vorliegt, eine wertvolle und notwendige Ergänzung zu einer sehr umfangreichen mediumistischen Literatur. Das erste Kapitel bietet einen Überblick über die bisherigen Antworten zu der im Buchtitel gestellten Frage: Leben die Toten? Dann folgen sieben Kapitel mit Berichten vom Erscheinen Heiliger oder Verstorbener, die im Fegfeuer sind. Im neunten Kapitel kann ich dem Autor allerdings gar nicht zustimmen, wenn auch seine Meinung die mehrheitlich katholische ist. Er behauptet kategorisch, dass in spiritistischen Sitzungen entweder Dämonen sich manifestieren oder die «Geister» der Anwesenden. Möge der Autor nur ein einziges wirkliches Standard-Werk, wie die 1300 Seiten umfassende Monographie von Mattiesen: «Das persönliche Überleben des Todes» (Berlin 1936 und 1939, 3 Bände) sachlich auf sich wirken lassen, dann würde er doch solch ein kategorisches Urteil revidieren. Im übrigen aber kann dieses katholische Werk nur Gutes tun, sei es, dass es den Glauben an das Jenseits, der da ist, verlebendigt, sei es, dass es ihn erst begründet, sei es, dass es zum Gebet für die Jenseitigen anregt. In einer Zeit, in der viele immer noch meinen, mit dem Tode sei alles aus, hat solch ein aus katholischer Haltung geschriebenes Werk sicher seine Sendung.

Dr. G. Frei

Palmer Greta: Partisanen, Christen und Bolschewiken. Rex-Verlag, Luzern, 1950: 304 S.

Am 18. Juli 1947 hörte ich in einem Kreis von französischen Katholiken einen mehr als dreistündigen Bericht des slovenischen Geistlichen P. Poglayen, über seine Erlebnisse in der osteuropäischen Untergrundbewegung, vor allem in Sowjetrussland selber. Vieles vom damals Gehörten las ich in diesem, von der amerikanischen Journalistin Greta Palmer nach stenographisch aufgenommenen Berichten von «Pater Georg» lebendig geschriebenen Erlebnisbuch wieder. Der englischen Originalausgabe geht ein längeres Begleitwort von Msgr. Fulton J. Sheen, einem sehr bekannten und angesehenen Geistlichen in den Vereinigten Staaten, voraus, der für Echtheit und Zuverlässigkeit der Berichte mit seinem Namen bürgt. Auch ein bedeutender slawischer Geistlicher in Rom hat sich unbedingt für die Zuverlässigkeit der Berichte P. Poglayens ausgesprochen und zu verstehen gegeben, dass sie durch andere Berichte bestätigt würden.

Das Buch selber bietet lebendige Eindrücke vom bolschewistischen Terror, vom Leben der Menschen im Banne des Kommunismus und, das ist das besonders Wertvolle, von der unterirdischen Widerstandsbewegung in Sowjetrussland. Vielleicht ist es aber gut, zu beachten, dass P. Poglayen infolge fabelhaften Glückfalls gleichsam durch den «Widerstandskanal» durchgeschleust wurde, und deshalb relativ mehr Menschen aus der Widerstandsbewegung als Regimetreue oder Durchschnittrussen traf. Mit andern Worten, man darf sich durch die Lektüre nicht zu einer Ueberschätzung der gegenwärtigen aktiven Kräfte in der russischen Untergrundbewegung verleiten lassen. St.

Pagniez Yvonne: Flucht. Aus dem Französischen übersetzt. Verlag Knecht Frankfurt.

Dieser Roman, dessen französische Originalausgabe den französischen Literaturpreis 1949 erhielt, ist deshalb lesenswert, weil er nicht nur mit echter und mitreissender Spannung die Flucht von Yvonne Pagniez aus dem KZ erzählt, sondern jene erschütternde Daseins-Situation zeigt, in welcher der Mensch um einen Bissen Brot, ein Kleidungsstück oder Nachtlager kämpft und darüber alle anderen Lebensdimensionen zu verlieren in Gefahr ist. Höhere Werte und Interessen müssen verdrängt werden, auch wenn dann in Augenblicken der nackten Lebensnot ein Gebet intensiver und existentiell wahrhaftiger klingt. Die Frage, wie weit ein so bedrohtes Menschentum ausser seinem ewigen Sinn auch den irdischen Lebenssinn zu realisieren vermag, drängt sich auf und auch die andere Frage, ob ein solcher Existenzkampf das Schicksal kommender Generationen sein wird.

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58.
Abonnement- und Inseraten-Annahme: Administration «Orientierung», Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58, Postcheckkonto VIII 27842.
Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 9.80; halbjährl. Fr. 5.20. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxemburg: Jährl. bFr. 140.—. Bestellungen durch Administration «Orientierung», Einzahlungen an Van Mierlo & Co., Banquiers, Bruxelles, Comptes Chèques Postaux 7677. — Deutschland: Jährl. DM 10.50; halbjährl. DM 5.50. Einzahlungen an Pfarramt St. Kunigund, Scharrerstr. 32, Nürnberg, Postcheckkonto Nürnberg 74760, «Sonderkonto Orientierung». — Dänemark: Jährlich Kr. 18.—, Einzahlungen an P. J. Ståubh, Hostrupsvej 16, Silkeborg. — Frankreich: Einzahlungen an Mr. Wolf Pierre, Illfurth Ht/Rh., c/c. No. 86047 Strasbourg.